

# Zur Transformation des Sozialen - Luzerner Erklärung

*„Das Schweizervolk und die Kantone, (...) im Willen in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung ihre Vielfalt in der Einheit zu leben, im Bewusstsein der gemeinsamen Errungenschaften und der Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen, gewiss, dass (...) die Stärke des Volkes, sich misst am Wohl der Schwachen, geben sich folgende Verfassung.....“*

In der Präambel der Schweizer Verfassung wird die Wohlfahrt des gesamten Volkes, ein universaler Gedanke aller Demokratien, als konstitutive Grundlage des Staates ins Zentrum gesetzt. Ausdrücklich werden für die Schaffung dieser Wohlfahrt die Prinzipien gegenseitige Rücksichtnahme, Achtung der Vielfalt und Verantwortung gegenüber künftigen Generationen genannt. Das Wohl des Schwachen gilt als Massstab oder eben Spiegelbild für die Wohlfahrt des ganzen Volkes. Gesellschaftliche Solidarität ist damit Basis und Herausforderung für jede demokratische Gemeinschaft. Soziale Arbeit ist im Zusammenspiel mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren diejenige Profession, die auf der Grundlage sozialstaatlicher Regelungen, für die Bearbeitung von sozialen Problemlagen zuständig ist. Damit leistet sie einen Beitrag zur gesellschaftlichen Wohlfahrt und orientiert sich in der Ausrichtung ihrer Arbeit an den Menschenrechten und dem Wert sozialer Gerechtigkeit (vgl. Berufscodex Artikel 12)

Aktuell wird ihr gesellschaftlicher Auftrag jedoch durch dominierende Argumentationsfiguren in Frage gestellt. Die Art und Weise wie über „Missbrauch“ sozialer Dienstleistungen, über nicht kooperierende Sozialhilfeempfänger/innen, über Jugendgewalt, schwierige Kinder und Jugendliche oder über nicht integrationswillige Ausländer/innen, die in Parallelgesellschaften leben, geredet wird, stellen die in der Präambel der Schweizer Verfassung verankerten Grundwerte gesellschaftlicher Wohlfahrt in Frage. Denn die Lösungen, die als Teil dieser Argumentationsfiguren angeboten werden, wie Abschieben, Verwehren, Ausgrenzen, Disziplinieren, Verschärfung des Rechts, Kürzung der Leistungen, haben nicht mehr das Wohl der Schwachen im Auge. In diesem Diskurs geht es offensichtlich nicht um die Lösung gesellschaftlicher Probleme, sondern um die semantische Aushöhlung sozialer Grundwerte und um die Unterminierung des bis anhin tragfähigen Konsens, dass die Bekämpfung sozialer Notlagen eine öffentliche Aufgabe der demokratischen Gesellschaft darstellt. Es geht um nicht weniger als um die Frage, ob oder inwieweit die Gestaltung des Sozialen in dem hier angerissenen grundsätzlichen Sinn eine Aufgabe des demokratischen Staates ist.

Neben der Gefährdung demokratischer Grundwerte erzeugt dieser Diskurs unmittelbares Leiden. Die Zuschreibung individueller Verantwortung für gesellschaftlich erzeugte Notlagen kombiniert mit einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber Menschen, die aufgrund ihrer sozialen Not auf staatliche Hilfe angewiesen sind, erzeugt ein Klima der Stigmatisierung. Aus dem Recht auf Hilfe wird ein Gewähren von Hilfe für die „würdigen Armen“. Die letzten Gesetzesrevisionen der IV und des Ausländer- und Asylgesetzes verschärfen den psycho-sozialen Druck auf gesellschaftlich Randständige und verschlechtern ihre materielle Lebensgrundlage. Die vermeintlichen Lösungen mittels härterer Sanktionen und Kontrollmechanismen vergrössern in Wirklichkeit die Notlage der Betroffenen und verschärfen die soziale Ungleichheit. Dies ist vor dem Hintergrund des gleichzeitig produzierten Wachstums des materiellen gesellschaftlichen Reichtums ein Skandal, der in das öffentliche Bewusstsein gerückt werden muss.

Viele in der Sozialen Arbeit nehmen diese Verschärfung der sozialen Spaltung einfach als unveränderliches Faktum hin. Es ist bedenklich, dass die Soziale Arbeit durch die Umsetzung sozialpolitischer Vorgaben, wie sie mit den Stichworten „Aktivierung“ oder „Fördern und Fordern“ charakterisiert werden können, selbst aktiv an der Aufspaltung von würdigen und unwürdigen Hilfeempfängern teilnimmt. Dies hat Gründe. Denn der Diskurs richtet sich nicht nur gegen die sozial Notleidenden, sondern auch gegen die Soziale Arbeit selbst. Die pauschale Diffamierung sozialpädagogischer Leistungen als „Kuschelpädagogik“ und der Sozialarbeitenden als „Gutmenschen“ hat ebenso wie die Missbrauchsdebatte und die Ökonomisierungsstrategien in den Organisationen der Sozialen Arbeit die Profession der Sozialen Arbeit in die Defensive gedrängt. Es ist uns bisher zu wenig gelungen auf der Basis unseres in den letzten Jahrzehnten erworbenen Professionswissens und unserer Erfahrungen im Umgang mit komplexen sozialen Problemen, ein diskursives Gegengewicht gegen die Angriffe gegenüber unseren Adressat/innen und unsere professionelle Kompetenz herzustellen. Es gilt eine starke professionelle Identität und Kultur aufzubauen, die sich gegen Angriffe auf die sozialen Grundwerte in Praxis, Öffentlichkeit und Politik zur Wehr setzt, um die Würde jedes Einzelnen zu schützen und seine prinzipielle Entwicklungsmöglichkeit zu gewährleisten.

Dieser Aufruf richtet sich daher zunächst an uns selber, an alle die in der Sozialen Arbeit in der beruflichen Praxis, in Wissenschaft und Lehre tätig sind. Setzen Sie sich ausgehend von Ihrem professio-

nellen Selbstverständnis mit der Transformation des Sozialen auseinander und nehmen Sie aktiv Einfluss auf die sozialpolitische Ausgestaltung Ihres Handlungsfeldes.

Entwickeln Sie eine Position, die sich auf den Wissensfundus, die Erfahrung und die humanistische Tradition unserer Profession im Umgang mit problembelasteten sozialen Lebenslagen gründet. Suchen Sie den Austausch und die Vernetzung mit den Kolleg/innen an Ihrem Arbeitsplatz, in den Verbänden und zwischen den Verbänden. Vertreten Sie diese Position an Ihrem Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit und in der Politik. Tragen Sie dazu bei, diesen unsäglichen und dem Entwicklungsstand einer zivilisierten modernen Demokratie unwürdigen öffentlichen Diskurs zu beenden, indem Sie die tatsächlichen Probleme und unsere darauf bezogenen Lösungswege und Lösungsvorschläge einbringen, begründen und verteidigen. Lassen Sie uns unsere Energie dazu verwenden, überzeugende Konzepte und Projekte für soziale Problemstellungen zu entwickeln, anstatt uns in defensiven Rückzugsgefechten selbst ins Abseits zu manövrieren. Die realen Probleme, die in nationale und internationale politische Zusammenhänge eingebettet sind, werden ja nicht kleiner. Kämpfen Sie darum, die Rahmenbedingungen unseres Handlungsfeldes mitzudefinieren, so dass sich unsere Kompetenz entfalten kann.

Dieser Aufruf richtet sich aber auch an alle demokratischen Kräfte in der Öffentlichkeit und in der Politik, insbesondere auch an die Medienschaffenden, denen an den sozialen Grundwerten dieser Gesellschaft gelegen ist. Helfen Sie mit, den öffentlichen Diskurs wieder in eine sachorientierte Bahn zu lenken. Setzen Sie sich ein, um dieser schleichenden Transformation des Sozialen wieder positive soziale Entwürfe entgegenzusetzen. Verschaffen Sie den Grundsätzen des gemeinschaftlichen Miteinanders, des Respekts vor der Vielfalt, der Verantwortung für die nachwachsende Generation und für die sozial Schwachen wieder Raum. Und vergessen Sie dabei nicht, dass Ihnen mit der Sozialen Arbeit eine weit ausdifferenzierte und entwickelte Profession als Ressource zur Verfügung steht.

Der Vorstand der Schweizerischen Gesellschaft für Soziale Arbeit (SGSA),

Prof. Dr. Peter Sommerfeld (Ko-Präsident)      Prof. Dr. Annegret Wigger (Ko-Präsidentin)

Luzern, 8. März 2008